

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.- Mtl. Einzelverkaufspreis 70.- Mtl. Redaktion: Johannisstraße 48. Fernruf 905.

Die Anreisegebühr beträgt für die acht aufgestellten Petitzelle oder deren Raum 200.- Mark, auswärtige 250.- Mark, für Versammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Mtl. für Klamente 800.- Mtl. Geschäftsstelle: Johannisstraße 48. Fernruf 926

Lübecker

Solzbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummmer 32.

Mittwoch, 7. Februar 1923.

36. Jahrgang.

Parteiausschuss und Ruhrbesetzung.

SPD. Berlin, 6. Februar.

Der Parteiausschuss beschäftigte sich am Dienstag mit der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen innen- und außenpolitischen Lage. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteiausschuss erklärt seine Zustimmung zu den Richtlinien, die von der Vorständekonferenz am 19. Januar beschlossen wurden und fordert die Parteigenossen auf, einig und geschlossen in ihrem Sinne zu wirken. Er wiederholt, daß die gegenwärtige gesahdthohe Situation ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordert, daß es ihre Aufgabe ist, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches in friedliches Gebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen und alles zu unterlassen, was geeignet ist, diese Abwehr zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Zugleich erinnert er an die Notwendigkeit, jährl den Trennungsrückzug gegen die nationalistische Verhebung zu ziehen und den Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortzuführen.“

Der Parteiausschuss widerspricht mit Entschiedenheit der von der französischen Regierungspropaganda ausgestellten beleidigenden Behauptung, daß der Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die militärische Invasion Frankreichs aus einer Anweisung der Reichsregierung zurückzuführen sei. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten führen diesen Kampf aus eigenem Antrieb zur Verteidigung ihrer Menschenwürde und ihrer Freiheit gegen eine militärische Gewalt, die durch ihre schändig prangende Brutalität den Protest der ganzen Welt hervorruft.

Der Parteiausschuss dankt den sozialistischen Arbeitern des Auslandes für die zahlreichen Beweise ihrer brüderlichen Freundschaft und bittet sie, in der Unterstützung des kämpfenden Ruhrproletariats nicht zu erlahmen. Er ist sich in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Organisationen dessen bewußt, daß der gegenwärtige Kampf nicht als ein Konkurrenzkampf der Kapitalisten verschobener Länder geführt werden darf, sondern daß er geführt werden muß als Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus mit dem Ziel, eine gerechte Verständigung über die Reparationslasten und eine endliche Besiedigung Europas herzustellen.

Der Parteiausschuss erinnert jährlich die Reichsregierung an ihre Verantwortung für einen wirkungsvollen Verlauf des Kampfes, der vor allem durch eine ausreichende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Lebensbedarf gesichert werden muß.“

Die Franzosen in Baden.

U. Offenburg, 6. Februar.

Heute morgen durchzog Artillerie die Stadt. Sie ist auf dem Marsch über die Kinzigbrücke nach Ziegelsteiner Urloffen bei Apenweier wurde besetzt. Regierungssänger wurde wegen der Abfahrt, mit den Franzosen zusammenzuarbeiten, verhaftet.

Die Herdblätter in Kölmar und Milhausen berichten, daß als weitere Sanktionen gegen die Einstellung von internationalen Truppen die Städte Breisach und Freiburg besetzt werden sollen.

Militarisierung der Eisenbahn.

SPD. Offenburg, 6. Februar. (Eig. Drahtber.)

Den pfälzischen Eisenbahnen wurde am Dienstag von der französischen Besatzung folgender Befehl übermittelt, trotzdem die Besatzungsgruppen beim Einbruch in badische Gebietsteile ausdrücklich erklärt hatten, daß eine Militarisierung der pfälzischen Bahnen nicht vorgenommen werden soll:

„Von dem Oberkommandierenden der alliierten Besatzungsgruppen wird dies befahlen: Sämtliches Personal der Eisenbahn hat an Ort und Stelle seinen Dienst aufrechtzuerhalten und alle Befehle auszuführen, die ihm in seinem Auftrage von der interalliierten Eisenbahnkommission und ihren untergeordneten Stellen erteilt werden. Gemäß Verordnung 1. Artikel 6 der hohen Interalliierten Rheinlandkommission werden Vergehen aller Art gegen den vorliegenden Befehl kriegsgerichtlich verfolgt.“

Handschriftlich war diesem Befehl folgendes hinzugefügt: „Vom 6. Februar 1923 ab, ist das pfälzische Eisenbahnunter dem Befehl des Oberkommandierenden der Besatzungsgruppen gestellt. Die auf ihren Posten verbliebenen Beamten und Arbeiter behalten alle ihre Rechte und Vorteile und werden als entlassene, den militärischen Befehlen folge zu leisten, betreut. Karlsruhe, den 6. Februar 1923.“

Aus diesem Befehl und der ihm hinzugefügten handschriftlichen Anmerkung ergibt sich klar die französische Taktik. Man

versucht jetzt von Baden aus die Eisenbahn zu militarisieren, um diese Taktik dann auf den Direktionsbezirk Mainz und weiter auszudehnen.

Die Überleitung der Trübe.

Minister Grüner erklärte einem Schweizer Pressevertreter, wenn der Verkehr zwischen Offenweier und Offenburg behindert werden sollte, so werde der auf der Strecke Frankfurt-Basel liegende Verkehr über Stuttgart und Ulm sowie über Zürich und Bremen geführt. Um mit dem vorhandenen Kohlenmaterial haushalten zu können, wurde ein Viertel aller Personenzüge eingestellt, darunter auch der Orientexpresszug.

Eisenbahnerstreit im besetzten Baden.

U. Offenburg, 6. Februar.

Der Zugverkehr auf der Strecke Offenburg-Alpenweier ist in der Nacht zum Dienstag um 12 Uhr durch einen Streik der Eisenbahner gestoppt worden. Der Streik wurde proklamiert, weil die Franzosen die Wachen auf den Bahnhöfen nicht zurückgezogen haben und weil auch der Wachsaal 3. Klasse auf dem Bahnhof Offenburg weiterhin als Ausenthaltsraum für die französischen Soldaten beibehalten wurde. Die Trübe fahren bis Neidenburgheim auf der Strecke Basel-Offenburg und auf der anderen Seite auf der Strecke Karlsruhe-Offenburg bis Achern.

Baurat Sänger ist von den Franzosen verhaftet worden. Über die Gründe ist nichts zu erfahren.

Massenverhaftungen in Essen.

SPD. Essen, 6. Februar.

Hier wurden heute vormittag ein Bautruppführer des Telegraphenamts nebst 13 Mann verhaftet, die an den Telegraphenleitungen der Eisenbahnen gearbeitet hatten.

Gegen die Errichtung des Bergmanns Wilhelm Haumann aus Brechten, der Mitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands ist, stand der Vorstand einen Protest an General Deauville in Düsseldorf, in dem er erfuhr, drohend dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihrer Arbeit nachzuhören könnten ohne befürchten zu müssen, erschossen zu werden.

Amerika und der Gewerkschaftsappell.

New York, 6. Februar.

Der Aufruhr der deutschen Gewerkschaften an Amerika, in der Ruhrfrage zu intervenieren, wurde durch den Gewerkschaftsführer Samuel Gompers dem Senat und dem Repräsentantenhaus übergeben. Weder Senat noch Repräsentantenhaus erklärten sich bereit, die Debatte auf die Tagesordnung zu setzen. Verschiedene Sprecher erklärten sich gegen jede Intervention Amerikas. In einem Begleitschreiben legte Gompers dar, daß er den Proletar Deutschland nur infolge billige, als er sich gegen Amaraarbeiten im Ruhrgebiet unter der Drohung militärischer Dienstmittel Frankreichs wende. Aber er kommt mit Frankreich darin überein, daß dies das Recht auf Reparationszahlungen habe.

Zur einer Befreiung des Unteraus Gompers im Repräsentantenhaus erklärte Walter Herkner (Herkner), der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, daß das Haus sich für die Intervention nicht aus sprechen könne, da mehrere Mitglieder im Kongress der Überzeugung seien, daß Frankreich das Recht hatte, als es das Ruhrgebiet besetzte. Im Senat erklärte der Demokrat King, er sei für den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg.

Der Befehl des amerikanischen Parlaments, den Appell der deutschen Gewerkschaften nicht auf die Tagesordnung zu setzen, kommt keineswegs überraschend. In dem Appell wurde ausdrücklich gesagt, daß er kein Versuch sei, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der einen oder der anderen Partei einzunehmen. Er werde sich an das Herz geheft Amerikas und an seinen Sinn für einstädiges Spiel. In diesem Sinne wird der Appell der deutschen Gewerkschaften seine Wirkung auf das amerikanische Volk und vor allem auf die Arbeiterschaft nicht verfehlen, auch wenn Senat und Repräsentantenhaus aus formellen Gründen den Appell nicht auf die Tagesordnung gestellt haben.

Kabinettssrat in Berlin.

U. Berlin, 7. Februar.

Halbmonatlich wird gemeldet: Der Reichskanzler hat in der gestrigen Kabinets-sitzung Mitteilungen über seine Reihe in das vergewaltigte Gebiet gemacht. Als das Ergebnis seiner Befreiungen mit den Vertretern aller Bevölkerungskreise stellte Dr. Cuno den ersten Willen zum Beharren im Widerstand fest. Er wies unter Zustimmung des Kabinetts eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die im Kampf befindende Bevölkerung mit allen militärischen Mitteln zu unterstützen, insbesondere der Ernährungsfrage erhebliche Umstütt und Energie zu gewinnen. Die weitere Beratung des Kabinetts geht von laufenden Fragen abgelenkt, dem neuen französischen Gewaltakt gegen Offenburg und Apenweier.

Werbeständige Anleihen.

Von Robert Schmidt.

Die Vorlage des Etats für das Jahr 1923 hat uns eine kleine Überraschung geboten. Aus ihm ist nämlich zu schließen, daß endlich der Widerstand des Finanzministeriums und vielleicht auch der Reichsbank gegen die Herausgabe eines werbeständigen Anlagepapiers gebrochen ist. Das Etat zeigt, daß der Reichsschuldenverwaltung das Recht, Schulverschreibungen, Schatzanweisungen und Reichswchsel in ausländischer Valuta oder ihrem Gegenwert in Mark, der nicht von vornherein feststeht, herauszugeben.

Schon im August vorigen Jahres, als die Mark noch nicht auf das heutige tiefe Niveau gesunken war, wurde in einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums und später auch von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit großem Nachdruck die Herausgabe eines werbeständigen Papiers gefordert und darauf hingewiesen, daß die Devisionserordnung ohne diese Ergänzung nicht voll zur Wirkung kommt. Die Kurzsichtigkeit der Reichsbankverwaltung brachte dieses Projekt zu Fall. Der Reichsbankpräsident Hanensteine bemühte sich ganz besonders eifrig im Reichswirtschaftsrat, wo die Frage erörtert wurde, das Vorhaben als unmöglich und gefährlich hinzustellen und hatte leider mit seinen Darlegungen Erfolg.

Im Reichswirtschaftsministerium sah man die Vorgänge auf dem Geldmarkt etwas anders an als in der Industrie und Bankwelt. Die Bankwelt sah im Devisionserordnung eines ihrer einträglichen Unternehmungen, an dem nicht gerüttelt werden durfte — deshalb auch die große Aktion gegen die Devisionserordnung. Eine Würdigung volkswirtschaftlicher Tatsachen, die den unmittelbaren Interessen dieser Kreise zuwider geht, wird man dort nur vereinzelt antreffen. Geschäft ist nun mal Geschäft! Und die Industrie wie auch der Großhandel kamen beim Devisionserordnung auch auf ihre Rechnung und nötigten schließlich den Kleinhandel, ihre Lieferungen nicht mehr in Mark, sondern in fremder Währung zu zahlen. So hatten die beiden großen Kapitalistengruppen das Risiko von sich auf den Kleinhandel und die Verbraucher abgewälzt und standen sich dabei sehr gut, und sie hatten von ihrem rein geschäftlichen Standpunkt allen Anlaß, sich gegen jeden Versuch, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, zu wenden. Der ganze Heerhann der Interessenten lief nun gegen die sozialdemokratische Forderung Sturm und erreichte, daß die Bekämpfung der Devisionspkulanten zur Unstrichbarkeit verurteilt wurde.

Nun hat sich seitdem manches geändert. Der neue Sturz der Mark ist katastrophal, daß vom allgemein-wirtschaftlichen und politischen Standpunkt seinen Folgen, noch mehr aber denjenigen Kräften, die die Markkatastrophe begünstigen, entgegengetreten werden muß. Zudem hat die Herausgabe von werbeständigen Papieren bei den Einzelhandelsketten begonnen, ferner kommt sie bei Privatbanken im Kreditverkehr in Anwendung, so daß nach diesen Erfolgen wohl die Reichsfinanzverwaltung den Tatsachen reichlich nachhinkt, wenn sie jetzt der besseren Erkenntnis Raum gibt.

Etwas spät, nachdem das Unheil größer geworden ist: Eine Taktik, die in den letzten Jahren immer wieder in Uebung ist und die dem Volke viel Schaden zufügt.

Weshalb brauchen wir ein werbeständiges Papier? Die Anlage von Geld in festverzinslichen Werten (Staats- oder Gemeindeanleihen) oder auf Sparkassenguthaben ist bei einem Sinken der Kaufkraft der Mark mit Verlusten für den Gläubiger verknüpft. Deshalb bietet diese Anlagemöglichkeit Sparten und Besitzern von Mark keinen Nutzen. Das ist volkswirtschaftlich sehr zu bedauern, denn wir brauchen Kapitalien für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft, wenn nicht Stillstand oder gar Rückwärtsbewegung eintreten soll. Die Anlage in fremden Werten wäre an sich für die deutsche Wirtschaft kein Verlust an Kapital, sofern die Anlage nicht im Ausland erfolgt und wenn nicht eine ganz ungeheure Deutung des Konsums mit der Flucht aus der Mark einherginge. Das Papiergebäude flüchtet auch in die Ware. Das heißt: es werden Waren aufgekauft nicht für den notwendigen Gebrauch, sondern als Kapitalanlage benutzt. Wiederum ein volkswirtschaftlich ungünstiger Vorgang.

Wiel schlimmer aber ist eine andere Wirkung: die enorme Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln, die nach den vorangegangenen Schilderungen künftig gesteigert wird; sie muß zu einer Zerrüttung des Geldmarktes wesentlich beitragen. Der Bedarf an Devision sollte sich beschränken auf die Zahlungen, die wir für die Einjuhr aus dem Auslande aufzubringen müssen. Hielten wir uns in diesen Grenzen, dann hätte die Mark nie sinken können. Wenn nichts geschieht, so treiben wir die Papiermark nach dem Auslande, wo sie an den Börsenplätzen weiter den Kurs des deutschen Geldes abwärts drückt. Sind wir nicht in so ernsten Zeiten, daß wir diese uns zugefügten Schäden mit allen Mitteln unterdrücken müssen?

Hier kann nur die Zentralisation des Devisionshandels durch die Reichsbank und die Absicherung der Devision aus dem Ausfahrendel an diese Stelle hessen. Gewiß sträubt sich die Reichsbank dagegen wegen des großen Apparates, der hier eingesetzt müßte, aber das ist kein Grund für die

Tschechoslowakei und Ruhrbesetzung.

(Von unserem Prager Korrespondenten.)

SPD. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung zum deutsch-französischen Konflikt Stellung genommen. Er hat mit der Art, wie er es tat, niemanden überrascht, da er schon vorher einige Male zu ausländischen und einheimischen Journalisten darüber gesprochen hatte. Vorausgeschickt sei folgendes: Die tschechoslowakische Republik ist Frankreichs treuer Freund. Es ist darum nicht überraschend, wenn sich die tschechischen Politiker an allen Wurzeln der französischen Politik begeistern. Der kriegerische Ueberfall auf Deutschland findet bei den tschechischen Parteien der Regierungskoalition und ihrer Presse volle Zustimmung und bedenkenloses Lob. Zur Regierung steht auch in diesem Hause mit Ausnahme der kommunistischen Blätter die ganze tschechische Presse, die bürgerliche und die sozialistische. (1) Nur höchst selten wagt es irgend ein Eingänger, die Unveränderlichkeit oder Vollkommenheit der Versailler Friedensverträge anzuzweifeln. Besonders häufig wartet mit französischen Betrachtungen das deutschgeschriebene Regierungsblatt „Prager Presse“ auf. Letztere sucht ihre moralisch minderwertige Tätigkeit damit zu decken, daß sie Menschen von mitteldeutschem Rufe zu gelegentlicher Mitarbeit verlädt. Leider erscheint unter den Mitarbeitern bisweilen auch der Name eines ehemaligen Parteigenossen Deutschlands, denen offenbar Charakter und Aufgabe dieses ausgehaltenen Regierungsteptis unbekannt ist.

Regierungspartei und Regierungspresse geben der Auffassung der Regierung selbst freuen Ausdruck. Das beweist Dr. Beneschs Rede. Der an ihn gerichteten Aufforderung, sich vor dem Plenum des Parlaments zur Situation zu äußern, hat er bisher Widerstand entgegengesetzt. Es ist zwar ausgepfloßt, daß ihm die Mehrheit des Parlaments die Zustimmung versagen würde, wenn er sich mit Poincarés Abenteuerpolitik identifiziert, aber er scheut trotzdem die Kritik der parlamentarischen Volksversammlung. Vielleicht paßt dies auch besser den tschechischen Sozialdemokraten, deren völliges Schweigen angehüts der Zeugnisse aller übrigen Parteien im offenen Hause noch auffälliger wäre, als es schon in der geschlossenen Gesellschaft des auswärtigen Ausschusses war.

Hier hatte Dr. Benesch eine lange Rede gehalten und sehr wenig gesagt. Seinen Standpunkt sah er in dem Satze zusammen: „Wir gehen und werden dieselben Wege gehen, die wir bisher beschritten haben.“ Das heißt, daß er auch weiterhin mit Frankreich durch die dünne geht, daß er an der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung nicht zweifelt. Damit ergibt sich auch kein praktisches Verhalten. Der Redner der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Čech, stellte in der Sitzung in einer groß angelegten, tiefdrücklichen Rede das ganze Problem des deutsch-französischen Gegenseites dar, er schilderte Deutschlands Situation, ebenso den Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten, und forderte den Minister auf, bei England und Amerika zwecks Liquidierung des französischen Abenteuers einzuschreiten. Dr. Benesch mußte zwar die Richtigkeiten von Dr. Čechs Behauptungen zugeben, daß sich Deutschland bemüht habe, seinen Reparationsverpflichtungen zu entsprechen, ja er rechnete jenen Politikern, die unter so schweren Umständen die Reparationspolitik verteidigen müssten, ein „Aktivismus“ an, aber den Schritt des Eingreifens schätzte er entschieden ab und bezeichnete ihn als ziel- und funilos. Auch stand zur platonischen Anerkennung von Deutschlands redlichem Reparationsbemühen im Widerspruch, wenn er in seiner ersten Rede alle die Unwahrheiten wiederholte, mit denen Poincaré seine frivole, unmoralische Politik „rechtfertigt“. Er sprach von absichtlicher Verweigerung der Wiedergutmachung, von bewußter Sabotierung der Ordnung in den Finanzen und in der inneren Verwaltung. Verdächtig ist auch der Optimismus in seiner Beurteilung von Frankreichs Endablichten. Bei objektiver Prüfung legte er, komme er zu dem Schluß, daß nur ein geringer Teil ernster Politiker in Frankreich an eine Annexion oder an etwas Neuhilfliches denke. Nur schade, daß diese ernsten Politiker in Frankreich nicht zu den Politikern gehören, auf deren Seite die offizielle tschechoslowakische Regierungspolitik und ihr Hauptponent Dr. Benesch stehen, schreibt, daß Dr. Benesch durch Bekämpfung der ihm von der deutschen Sozialdemokratie zugedachten Mission die Position dieser ernsten Politiker nicht zu trüggen

sucht. In Wahrheit ist Dr. Benesch der Herald des Poincarismus und verkündet als solcher die Legalität und Moralität des französischen Vorgehens. Dr. Benesch gehört seiner Parteistellung nach zu den tschechischen Sozialisten (den früheren Nationalsozialisten). Er müßte durch diese Parteizugehörigkeit Verständnis bestehen für die aus Deutschland katastrophaler sozialer Situation für die tschechoslowakische Wirtschaft erwachsenden Gefahren, für die Bedrohung, die dem tschechischen Proletariat aus den Wirkungen des Ruhrabenteuers erwächst. Seit Jahren kämpft die Tschechoslowakei mit der Wirtschaftskrise, der jetzige Markturst muß sie unheilbar machen. Welche Blindheit, daran vorüberzugehen und den im eigenen Interesse nötigen Schritt mit den Argumenten einer wenig charaktervollen „Realpolitik“ zurückzuweisen. Der Antrag des Dr. Čech wurde im Ausschuss abgelehnt; Dr. Benesch wird keinen Versuch der Vermittlung unternehmen. Er wird auch nicht im Parlamente zur internationalen Situation und zur Ruhrbesetzung sprechen. Der hasserfüllte deutschfeindliche Chauvinismus des Dr. Kramarsch hat nochmals einen Sieg erfochten. Er ist freilich ein Sieg über die Vernunft und über das wahre Interesse des tschechoslowakischen Staates. Es ist auch keineswegs ein Triumph der treuen Freundschaft für Frankreich über unpatriotische deutsche Intrigen. Wer es untersetzt, den Freund vor Schaden zu bewahren, der ihm aus unüberlegtem Handeln erwägt verdient nicht den Namen des Freunden, sondern den des Feinds. Der Mut, mit dem sich die tschechoslowakische Regierung mit Poincarés Politik identifiziert, ist alles andere eher denn ein moralischer Mut. Zu spät wird das Land erfahren, daß es zu seinem Schaden die Warnungen der deutschen Sozialdemokraten in den Wind geschlagen hat.

Frankösischer Sozialistenkongress.

Lille, 5. Februar.

In der heutigen Vormittagssitzung sprachen die ausländischen Delegierten, und zwar zunächst Engberg-Schweden, dann Vanderveld-Belgien, der erklärte, daß die belgischen Sozialisten auch als Minister des Königs den Sozialismus nie vertraten, sie hätten für die Arbeiter große Erfolge zu verzeichnen, dem Lande das allgemeine Wahlrecht und das Gewerkschafts- und Koalitionsrecht gegeben. Er drückte die Hoffnung aus, daß die internationale sozialistische Einheit bald wiederhergestellt werde. Hilferding-Deutschland protestierte von neuem gegen die Ruhrbesetzung. Er führte aus, die deutschen Sozialisten könnten nicht gleichzeitig gegen den französischen und den deutschen Kapitalismus kämpfen. Er erwartete deshalb die Unterstützung der ausländischen Sozialisten. Nachdem Hilferding sich noch über die Reparationspflicht ebenso wie in der Versammlung gründlich habe, sprachen die Vertreter Englands, Englands, Italiens, Deutschösterreichs und der Tschechoslowakei. — In der Nachmittagssitzung wurde dem Kongress ein Telegramm der französischen kommunistischen Partei bekanntgegeben, worin diese vorschlägt, einen gemeinsamen Kongress der Sozialisten und Kommunisten einzuberufen, um eine einheitliche Aktion gegen die Besetzung der Ruhr zu beraten. Dieser Vorschlag wurde einer Kommission zur näheren Prüfung überwiesen.

Im „Oeuvre“ wird unter Hinweis auf die Aeußerung Dr. Hilferdings, Frankreich möge legen, was es will, erklärt, dieser Rat sei gut. Während des Krieges hätten die Regierenden in Frankreich niemals klar ihre Kriegsziele verklärt wollen. Man wisse, was dieser Triumph die Entente gekostet habe. Auch in diesem Augenblick begegne Poincaré denselben Fehler, indem er nicht klar und offiziell für die Gegner und für die Alliierten die Bezeichnungsziele oder die Räumungsbedingungen darlege. Seiner Note vom 11. Januar über die Ingenieurmission habe er nichts hinzugefügt. Über man müsse doch heute zugeben, daß er es in selbstamer Weise überschritten habe. Theoretisch seien vielleicht die Deutschen verpflichtet, zu sagen, wie sie zahlen wollten. Aber dadurch, daß man in das Ruhrgebiet geangestellt sei, sei man von der Theorie zur Praxis übergegangen, man habe also die Initiative ergreifen. Jetzt wolle man den Willen des Gegnersermitteln und ihn zum Nachgeben anstreben. Frankreich müsse jetzt sagen, inwiefern Deutschland nachgeben müsse, und welche Bedingungen man ihm stelle. Das Blatt will noch nicht glauben, daß man trotz der verschiedenen Unklarheiten, die begangen wurden, entschlossen sei, zu einer dauernden Ruhrbesetzung überzugehen. Habe sich doch

sogar das Organ des Comite des Forges dies und die direkte Ausbeutung als eine Aufgabe bezeichnet, die unmöglich durchzuführen sei.

Der Besitzer des Hotels „Moderne“, ein gewesener Kriegsteilnehmer, glaubte sich für den deutschen Hotelkontakt gegen Franzosen dadurch rächen zu müssen, daß er den Genossen Dr. Hilferding aus seinem Hause wies. Hilferding wohnt jetzt bei dem französischen Abgeordneten Genosse Saint Venant.

Arbeitergruß für Ludendorff.

Aus Klagenfurt, der Hauptstadt Kärntens, meldet die Wiener „Arbeiterzeitung“:

Völlig überraschend traf am Sonnabend abend Ludendorff in Klagenfurt ein. Die Bevölkerung erfuhr erst aus der Nachmittagsausgabe der großdeutschen „Freien Stimmen“, welche fonderbare Ehrengabe ihr zugesetzt ist. Das Blatt meldete, Ludendorff sei zu der Tagung des deutschnationalen — Bauernbundes gekommen, die am Sonntag stattfinden soll.

Als sich die Nachricht von seiner Ankunft in der Stadt verbreitet hatte, zogen einige hundert Arbeiter zum Bahnhof. Ludendorff wurde im Wartesaal zweiter Klasse vom großdeutschen Klagenfurter Bürgermeister Wolsegger begrüßt. Als er auf die Straße trat und ein Auto bestieg, wurde der Wagen von den Arbeitern umringt. Sie brachten in heftige Rufe aus: „Massenmörder! Bluthund! Hakenkreuzlergeneral! Landesverrädler! Totengräber Deutschlands!“ Der Wagen konnte sich lange Zeit nicht in Bewegung setzen, und erst später langsam, immer umringt von den empörten Arbeitern zum Hotel fahren. Im Hotel wurde Ludendorff wieder von seinen großdeutschen Freunden begrüßt. Doch auch vor dem Hotel sammelten sich Arbeiter an und brachten ihre Meinung in Pflichten und anderen verdienten Bezeichnungen zum Ausdruck. Viele Häuser waren abends zu Ehren Ludendorffs besetzt. Auf Verlangen der Arbeiter wurden die Fahnen wieder eingezogen. In den Straßen der Stadt kam es im Laufe der Nacht zu Zusammenträgen zwischen Arbeitergruppen und Patrioten der Heimwehr (der deutschen Orgel) entsprechend. Red. d. B.) Der Landeshauptmann Gröger stellte das Berlangen, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt Wehrmacht in den Dienst gestellt werde. Es war merkwürdigerweise aber in der Garnison kein Offizier zu finden, der im Dienst stand! So mußte die Aufrüstung der Wehrmacht unterbleiben. In der Stadt herrschte ungeheure Erregung. Die Arbeiter sind entschlossen, Ludendorff in der Stadt nicht zu dulden. Nachträglich hört man, daß trotzdem die Nachricht von Ludendorffs Ankunft hier bis zum letzten Augenblick gehalten wurde, in einigen Stationen Heimwehr den General mit Fackeln begrüßt haben sollen.

Ludendorff ist von Klagenfurt nach Wien gefahren. Bei der Fahrt ist es auch in Bruck a. d. Mur und in Leoben in der Steiermark zu stürmischen Demonstrationen der Arbeiter gegen Ludendorff gekommen, wobei die Arbeiter riefen: „Wo ist der Massenmörder, der Deutschland ins Unglück gestürzt hat?“ Es gelang aber den Ordern, die Wfahrt des Zuges schlüssig auf beiden Stationen durchzuführen. In Leoben drangen trotzdem die Arbeiter in den Zug ein und durchsetzten ihn, ohne freilich Ludendorff zu finden, der sich offenbar in einem Klosett versteckt hatte. In Wien-Reinstadt waren die Arbeiter ebenfalls sehr erregt, es gelang jedoch, sie vom Eindringen in den Bahnhof abzuhalten.

Volkswirtschaft.

Die Gewürzung der Industrie.

Auf Grund zuverlässiger Schätzungen der im unbewegten Gebiet befindlichen Kohlemengen und Berechnung der uns auch weiterhin zum Verbrauch verbleibenden Kohlen, glauben maßgebende Kohlenjagdvereinigungen feststellen zu können, daß sich die Kohlenreserve durch Franzosen und Belgier erst in 2½ bis 3 Monaten in bezug auf das unbedeutende Deutschland auswirken wird. Die Gruben, die außerhalb des bestreiteten Gebietes liegen, aber noch zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet gehörig sind, lieferten im Jahre 1921 insgesamt 12½ Millionen Tonnen Kohlen, das heißt rund 1 Million Tonnen

Belle-Blante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

18. Fortsetzung.

Luisa, du mußt die ganze Tragweite meiner Erfindung bestreifen. Künftig wird jeder Transport, jede Reise im Luftballon gemacht werden, Schnellpost und Diligencen werden obsolet, man wird seinen Ballon haben, wie man seinen Wagen hat, und anstatt der großen Heerstraßen wird man nur noch kleine Fußwege für die Fußgänger brauchen. Die Weiden, die zur Herde zu dienen, werden dem Getreidebau zurückgegeben und um aus den Pferden leicht Augen zu ziehen, wird man sie zum Schlachthaus führen und Brüderlein daraus machen. Das wird vielleicht nachteilig für Belle-Blante sein, dessen Ländereien fällt alle in Weiden bestehen und der viel Pferde hält, aber wir werden wohl Mittel finden, um ihn aus dem Elend meiner Erfindung zu entzündigen.

andererseits wird es zwischen den Völkern nicht mehr die alten Gräben geben, die man Flüsse nennt; nicht mehr die hohen und langen Mauern, die der liebe Gott mit Schnee und Eis belegt hat, wie ein Maurer die Krone einer Gartenmauer mit Glasplatten spielt. Alle Geopden werden erforscht werden. Man wird leichter in das Innere von Afrika eindringen als man jetzt bei einem Mitglied der Akademie der Wissenschaften eintritt; man wird die Erde umwandern, wie du um dein rundes Tischtuch gehst und man wird ihren Umriss beinahe bis auf eine Linie messen können. Und mit dem Cornelius, wird die Welt für diese Erfindung verpflichtet sein. O, Luisa, wenn ich mich umarmen könnte, mit welchem Entzücken würde ich mich umarmen!

Siehe, Luisa, sobald mein Ballon fertig sein wird, werden wir zusammen einen kleinen Ausflug zu den Inseln des Stillen Oceans unternehmen; wir fliegen durch die Lüfte wie zwei Vögel, die ihr Nest mit sich tragen; wir fühlen wie die Engels, die rings um die Erde wachen, uns mit ihren Flügeln streichen. Schwarz wie ein Leichtathlet wird der Himmel sein; du wirst mit Höhe atmen; du wirst unter deinem wattierten Mantel vor Kälte zittern und das Feuer des Kohlenbedens wird erlöschieren; dein Blut wird die Poren deiner Haut durchdringen; ich werde sprechen und du wirst nur sehen, daß ich die Lippen bewege. Ich bereise das nicht amüsant ist, aber welches Vergnügen wird es dir nach deiner Heimkehr bereiten, all dies deinen Freundinnen zu erzählen. Wir werden an unbekannten Gefilden landen, wir werden unter neuerenfesten Völkern die Wahlarten der europäischen Ge-

sellschaft verbreiten; wir werden sie mit Näheln, kleinen Glassäulen und Heißigebilden beschulen und ich werde ihnen die Mathematik lehren. Sie werden uns anbieten wie Göterboten und vielleicht werden sie uns Menschen opfern, die extra für uns gemischt worden sind, die guten Wilden!

Um wieder auf meinen Luftballon zurückzukommen, wirst du mir vielleicht erwerben, daß meine Luftschiffer durch Stürme und heftige Luftstürmen gekennzeichnet werden könnten und daß man in der Luft Wirtshäuser einrichten müßte; diese müßten auf Ballons ruhen, die mit Wasserstoff gefüllt werden und durch Türe an Pfählen, die in den Erdboden eingerammt sind, festgehalten werden; die Reisenden müßten dort die Wiederkehr ruhigen Wetters abwarten können. Ich verhole mir den Ernst deines Einwurfs nicht und er zeigt von deinem alten Verstand, liebe Luisa. Aber ich muß überhalb unserer Atmosphäre eine vollkommen ruhige Luftschicht einrichten, auf der ich segeln werde wie auf einem See. Ich würde die den Plan meines Luftballons senden und du würdest sehen, daß mein Apparat stark genug ist, um die gewöhnlichen Luftstörungen zu besiegen; aber ich will ihm die Lieber selbst überbringen.

Ich werde nächsten Montag in Clamecy sein; in Ames will ich meinen Ballon fertig machen. Belle-Blante hat einen großen Hof, der mir sehr nützlich sein wird, um meine Leinwand zu fixieren. Er mag noch so geizig sein, ich hoffe, daß er sich ein Vermögen daraus machen wird, mich aufzunehmen und während einiger Monate zu beherbergen. Uebrigens ist es für mich eine Notwendigkeit, mich bei ihm niederzulassen; ich habe von dem Gelde, das du mir gestellt hast, vierhundert Ellen Leinwand und zwei Tonnen Farbe gekauft; wenn ich meinen Platz im Postwagen bezahlt habe, bleibt mir nicht ein Groschen.

Ich animiere dich nicht auf das, was du mir von Belle-Blante und dem Pfarrer schreibst; ich müßte meinem Bruder eine ungewohnte Ausdehnung geben. Wir werden darüber mit Muße sprechen, sobald ich in Clamecy sein werde.

Dein Freund

Cornelius.

P. S. Wenn in meinem Briefe ein Ausdruck vorkommt, den du nicht verstehst, so bitte Herrn Guillerand, ihm dir zu erklären.

„Sonst wie möglich“ lagte Luisa und stellte den Brief in ihren Busen; in diesem reizenden Versteck bewahrte sie jede Botchaft ihres Freundes bis zur Ankunft einer neuen auf. Dann begab sie sich zur Kirche.

Die Messe war zu Ende und Luisa nach ihrer Wohnung zurückgekehrt, als die Megafon des Pfarrers erklang, um ihr auszurichten, daß ihr Herr sie zu sprechen wünschte.

„Was will dein Herr von mir, Cornelius? Er weiß ja, daß ich nie nach dem Pfarrhaus komme.“

„Ich glaube,“ sagte Jeanmeton, daß er Ihnen ein Papier zu rückgeben will, daß Sie in der Kirche verloren haben.“

Luisa fuhr rasch mit der Hand nach ihrem Tasentuch und bemerkte, daß der Brief ihres Freundes verschwunden war; ohne ein Wort zu sprechen, holte sie Jeanmeton.

„Hier ist,“ sagte der Pfarrer, „ein Brief an Ihre Mutter, den der Küster unter Ihrer Bank in der Kirche gefunden hat.“

„Ah,“ sagte Luisa, bis zu den Schultern errötlend, „ich danke Ihnen, Herr Pfarrer, und ich werde Herrn Vanille ein Paar Süßigkeiten kaufen, um ihm für seine Distretion zu danken.“

Als sie hinausgehen wollte, hielt der Pfarrer sie zurück.

„Wie es scheint, mein Fräulein, lieben Sie einen gewissen Cornelius.“

„Guten gewissen?“ lagte Luisa und lächelte vor oben bis unten an; „was soll das heißen: einen gewissen? Sie werden Herr Pfarrer genannt. Glauben Sie denn, daß Cornelius nicht ebensoviel wert ist wie Sie? Und wer hat Ihnen gesagt, daß ich Cornelius liebe? Mir scheint, daß Sie sich erlaubt haben, von meinem Brief Kenntnis zu nehmen. Einen Brief lesen, der nicht für einen bestimmt ist, ist eine Schande für jedermann; es ist ein Diebstahl, den man an den Geheimnissen anderer begeht, aber für einen Priester ist es doppelt schlimm.“

Der Priester blieb tadelnd bei diesem Vorwurf.

„Mein Fräulein,“ erwiderte er, „wenn Sie des Nachdenkens fähig wären, würden Sie ohne Zweifel bemerken, daß das, was Sie bei einem Priester schlecht finden, für ihn eine Pflicht ist. Der Priester ist in seinem Sprengel die Polizei über die Seelen aus, wie der weltliche Beamte über die Leute in der Stadt. Muß er nicht wissen, was unter denen vorgeht, deren Seelen Teil seines Oberhauptes ist? Wie könnte er die Heilmittel anwenden, wenn er nicht wüßte, wo die Wunde sitzt? Aber ich habe Ihnen einen Vorwurf zu machen, daß Sie mir bei Ihrer letzten Beichte Ihre Liebe für diesen Cornelius versteigert haben.“

„Sind es etwa eine Sünde, diesen Cornelius zu lieben? Nun denn, wenn es eine Sünde ist, befreine ich sie. Ja, ich liebe Cornelius! Cornelius, meiner Lehrer, meinen Herrn, meinen Fräulein. Cornelius! Ja, er ist schön trotz allem, mein Cornelius, mit seinen großen, nachdrücklichen Augen, die die Engel im Himmel zu sehen scheinen, und mit seiner breiten Stirn, unter der man es summer hört, wie von Mädeln. Aber er ist so gut, er hat ein so edles und so großes Herz, daß ich ihn ebenso lieben würde, wenn er einäugig, hinter und einerarm wäre.“

„Und trotzdem willen Sie sehr wohl, daß Cornelius ein Gott sei und vielleicht haben Sie selbst durch unvorsichtige Gedanken die religiösen und kirchlichen Worte heruntergerissen, die er geschrieben hat.“

„Aber Sie sind sehr gut.“

